

# blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

## Zum neuen Jahr

Was ist das für eine Gesellschaft, in der die Kluft zwischen arm und reich immer grösser wird, und wo soll das hinführen? Auf der einen Seite steigen die Gehälter der Spitzenverdiener ins Unermessliche und auf der anderen Seite greift wirkliche Armut, vor der leider noch viele Menschen die Augen verschließen, immer mehr um sich. Während die Gehälter der Topmanager grosser Unternehmen noch vor wenigen Jahren das 20- bis 30fache der durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte ausmachten, ist diese Relation inzwischen auf das Hundertfache und mehr gestiegen. Als krasses Beispiel sei hier die Deutsche Bank genannt. Während gewöhnliche Mitarbeiter dieses Hauses 2004 im Schnitt 39000 Euro inklusive dreizehntes Monatsgehalt, Urlaubsgeld etc. verdienten, brachte es der Vorstandsvorsitzende Josef Ackermann auf das 260fache: 10,08 Millionen Euro. Gegenüber 2002 stieg die Vorstandsbezahlung bei der Deutschen Bank um 80,57 Prozent. Den größten Gehaltsprung verzeichnete die Chefetage von SAP mit einem Plus von 146,61 Prozent. Dies könnte fortgesetzt werden, die Zahlen liegen jedermann offen.

Die Hauptursache von Armut ist die Arbeitslosigkeit. Der Sozialhilfe-Bezug gilt als weiterer Maßstab für Armut. Ein Haushaltsvorstand bekommt im Westen durchschnittlich 340 Euro Sozialgeld und im Osten 331 Euro zuzüglich der Kosten für Wohnung. In Anbetracht weiterer Massenentlassungen trotz Riesengewinnen der Unternehmen, ist keiner der Betroffenen vor einem Absturz in die Armut gefeit. Armut wird im Verhältnis zum gesellschaftlichen Wohlstand gemessen. Als Schwelle gilt ein Nettoeinkommen von 60 Prozent des Durchschnittes. In Deutschland liegt diese Grenze laut Ar-

mutsbericht der Bundesregierung bei 938 Euro für einen Erwachsenen. 2003 lebten bereits elf Millionen Menschen in Deutschland in Armut. Laut Bundesagentur bezogen 1,89 Millionen Menschen Arbeitslosengeld und weitere 2,58 Millionen das neue ALG II auf Sozialhilfeni-

veau. Sozialgeld erhalten weitere 1,6 Millionen. Rund eine halbe Million Arbeitslose bekommt keine Unterstützung und muss von Erspartem oder vom Ehepartner leben.

Aber was tut die Regierung gegen eine solche Entwicklung? Bisher hat sie nur ►

### Sie haben die Wahl

*Am 26. März 2006 ist Kommunalwahl. Als Spitzenkandidat der DKP/Linke Liste will ich Ihnen zum Neuen Jahr drei gute Gründe nennen, bei dieser Wahl die Linke zu stärken.*

*Die DKP/Linke Liste steht für eine soziale und solidarische Stadt. Wir wollen, dass die Erhöhung der Kitagebühren rückgängig gemacht wird und die „Kita zum Nulltarif“ kommt. SPD und FDP halten an der Gebührenerhöhung fest, der Bürgermeister und SPD-Spitzenkandidat setzt nach Belieben Parlamentsbeschlüsse außer Kraft.*

*Die DKP/Linke Liste unterstützt weiterhin außerparlamentarische Bürgeraktionen gegen den Flughafenausbau, den CDU, SPD und FDP in Bund und Land befürworten. Wir wollen, dass unsere Stadt im Interesse der hier lebenden Menschen alles tut, der Fraport AG Grenzen zu setzen. Wir werden das auch weiterhin im Stadtparlament vertreten, wo die halbe SPD-Fraktion rausgeht, wenn Anträge gegen den Flughafenausbau aufgerufen werden.*

*Die DKP/Linke Liste-Stadtverordnetenfraktion nimmt den Auftrag der HGO ernst, der Verwaltung Aufträge zu erteilen und die Arbeit der gesamten Verwaltung parlamentarisch zu überwachen. Der Bürgermeister und SPD-Spitzenkandidat würde das mit seinen Leuten am liebsten alles alleine machen. Sie, die Wählerinnen und Wähler, entscheiden darüber, ob das im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger liegt.*

*Auch Wahlen können etwas ändern: Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP/Linke Liste.*

*Ich wünsche Ihnen ein erfolgreiches Jahr 2006.*

*Gerd Schulmeyer, Fraktionsvorsitzender der DKP/Linke Liste*



▼ dazu beigetragen, dass sich die Lage der Arbeiter, der Angestellten, der Arbeitslosen und der Rentner weiter verschlechtert. 1960 bestand das Steueraufkommen je zur Hälfte aus Massensteuern (Lohn-, Einkommen-, Tabak-, Öl- und Mehrwertsteuer etc.) und aus Gewinnsteuern.

Heute macht der erste Teil, den alle zahlen müssen, 80 Prozent aus. Seit 1997 wird die Vermögenssteuer nicht mehr erhoben. Hier müssen Veränderungen kommen. Auch der Rüstungsetat darf nicht ausgeklammert werden. Für, oder

besser gesagt, gegen wen brauchen wir weitere U-Boote (das Stück für 460 Millionen Euro = 10.000 Jahresgehälter einer Altenpflegerin) oder die bestellten Eurofighter (das Stück für 108 Millionen Euro = 20.000 Hüftgelenke). 24 Milliarden will die Bundeswehr in den nächsten Jahren hierfür ausgeben. Um das alles zu finanzieren wird immer mehr nach unten abgewälzt. Die Belastung der Gemeinden und damit ihrer Bürger wächst zusehends. Über all das sollten wir alle nachdenken, auch anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahl.

H. Hechler

## Von Weltmeistern

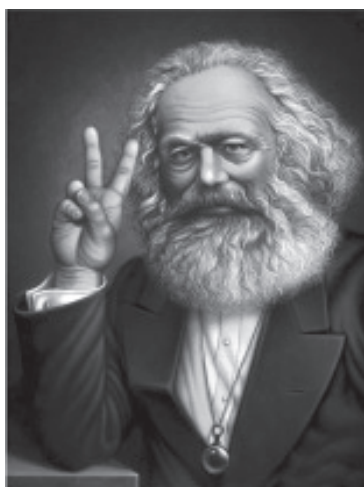
Die Experten sind sich sicher: Deutschland wird 2006 Weltmeister. Alles fiebert dem Tag entgegen. In unserer Stadt wollten SPD und FDP sogar Mittel gegen das erwartete Verkehrschaos einstellen. Wochenlang werden jetzt die Fußball-Millionäre im Fernsehen Interviews geben. Jeder kann da demnächst als „Experte“ mitreden. Arbeitslosigkeit? Sozialabbau? Nicht gerade jetzt diskutieren! Der Ärger um die Karten ist längst vergessen.

Und überhaupt, „wir“ sind doch schon lange Weltmeister. Gemeint sind da nicht Kunststücke per Außenrist, sondern die wie geschmiert laufenden Geschäfte der deutschen Konzerne im Ausland. Der Titel „Exportweltmeister“!

Die Unternehmen wurden in den letzten Jahren auf Teufel komm raus auf Wettbewerbsfähigkeit getrimmt. Die Folgen sind sinkende Einkommen der Bürger, Abbau von Sozialleistungen und eine lahrende Binnenkonjunktur. Und keinen Dank gibt es für die mit dem enger geschnallten Gürtel erbrachten Opfer. Im Gegenteil, trotz sprudelnder Konzerngewinne werden weitere Stellen abgebaut und ins noch billigere Ausland verlagert. An all dem soll sich nichts ändern, meinen die Vertreter des großen Geldes. Aber wie gesagt: Im neuen Jahr, heißt es, wird alles gut - dank der Fußball-WM. Die notorisch gute Laune des Bundestrainers soll auf die Konsumenten überschwappen.

Und wenn „wir“ dann doch nicht Weltmeister . . .

Dann gibt es einen „Trost“ für gekränkten Nationalstolz: Wenn Ballack, Huth und Schweini den Platz räumen, sind Bayer, Henkel und Daimler immer noch Weltmeister. Wichtiger wäre aber allemal Arbeit von der man leben kann.



*„Marx ist tot - Jesus lebt!“, meinte vor Jahren Norbert Blüm. Heute würde er es nicht mehr sagen. Denn angesichts des entfesselten Kapitalismus entdecken ihn viele wieder neu.*

*Mittlerweile gibt es bei uns kaum noch jemanden, der glaubt, „der Markt wird es schon richten“.*

*Viele merken erst jetzt, im Kapitalismus wird alles zur Ware.*

*Ein Beispiel: unsere Gesundheit ist ein hohes Gut, aber sie ist keine Ware. Ärzte sind keine Anbieter, und Patienten sind keine Kunden. Marx und sein Kampfgefährte Engels, haben das alles schon vor 150 Jahren beschrieben. Ihre Texte sind hochmodern und aktuell.*

*Was wissen Sie, liebe Leserinnen und Leser, von ihrem Wirken? Was ist von ihrem Werk noch zu gebrauchen? Wollen Sie es gemeinsam mit uns herausfinden?*

*Wer mit uns diskutieren oder mitmachen möchte, kann anrufen: 23366 oder 22362. Wir freuen uns über jeden Mitstreiter.*

*Wer Lust hat, einen Original-Text zu lesen, kann im Internet auf „www.dkp-mw.de“ klicken. Hier steht zumindest mal das „Kommunistische Manifest“.*



## Hartzer-Käse

Das als epochal gepriesene „Reformkonzept“ greift nicht. Nach dem Bekanntwerden einer im Auftrag der Bundesregierung erstellten Studie wächst die Kritik. Die unter der Bezeichnung „Hartz I-IV“ bekannten Gesetzespakete hätten weder den Arbeitsmarkt belebt noch die Bürokratie minimiert oder die öffentlichen Haushalte entlastet, lautet der Grundtenor der vernichtenden Hartz-Bilanzen.

„Von Anfang an hat die Linke gesagt, dass den Hartz-Reformen eine falsche Philosophie zu Grunde liegt, die Armut per Gesetz, aber keine Arbeit schafft und Arbeitsvermittlung nicht verbessert“, erklärte für die Linkspartei Gregor Gysi. Er zeigte sich davon überzeugt, dass angesichts dieser katastrophalen Erfahrungen soziale Fragen wie Mindesteinkommen und angemessene Grundsicherung verstärkt in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte rücken würden.

Auch von den Gewerkschaften sind wieder rauere Töne zu vernehmen. „Hartz IV hat das gesellschaftliche Klima in diesem Land vergiftet“, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Vielen ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern ginge es deutlich schlechter als zuvor. Zudem seien durch die latente Drohung des schnellen finanziellen Absturzes in das ALG II „Belegschaften erpreßbar geworden“.

Die sozialdemokratischen Hauptverantwortlichen für „Hartz“ sagen jetzt, man dürfe „die Reformen nicht zerreden“, sondern müsse sie „ehrigzig umbauen“.

Sagen wir's einfach: Der „Hartzer Käse“ hat den „kleinen Leuten“ noch mehr Belastungen gebracht und das sollte man der SPD auch im kommenden Jahr weiter ordentlich auf's Brot schmieren. Basta!

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

## Halbzeit bei der Erörterung

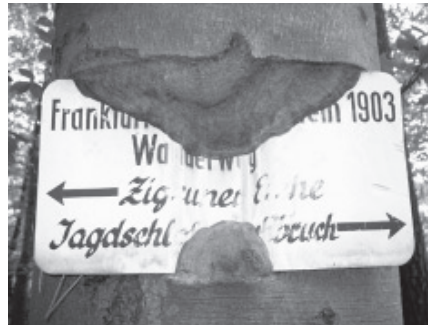
Bekannt wurde: Bei der Fluglärmbelastung geht man noch von der jetzt beantragten Kapazität von 650.000 statt der möglichen 900.000 Flugbewegungen pro Jahr aus. Gerade im südlichen Rüsselsheim, in Nauheim und in Trebur wird es künftig viel lauter werden. Schlicht inakzeptabel ist die Mittelwertbildung über die Anflugrichtungen, mit der der Lärm im Anflug auch über Mainz und die Mainspitze zusätzlich kleingerechnet wird. Besonders problematisch ist der fehlende Rechtsschutz, wenn die Flugrouten nicht ebenfalls planfestgestellt werden. Da können schnell ganz andere Wohngebiete von massivem Fluglärm betroffen sein.

Die meisten Menschen hier wissen noch nicht, dass es nach dem Ausbau mehr Flugbewegungen in der Nacht geben soll als je zuvor. Statt heute 120 sollen dann 150 Nachtflüge stattfinden, die alle in die freien Randstunden von 22 bis 23 und von 5 bis 6 Uhr gepresst werden. Erneut sollen rund 300 Hektar Wald für den Flughafenausbau gerodet werden. Den Kelsterbacher Wald wird es nach dem Ausbau nicht mehr geben. Südlich des Flughafens sollen weitere 80 Hektar fallen. Der reale Waldverlust wird durch die Folgeerscheinungen wohl eher bei

500 Hektar liegen. Der Verlust an Naherholungsflächen ist gravierend. Der Wald geht als Luftfilter und Wasserreiniger verloren, denn die Aufforstungsflächen liegen überwiegend außerhalb der Region.

Kritisch wird die Belastung durch Schadstoffe und dadurch die Gesundheitsgefährdung. Studien zeigen die erschreckende Zunahme von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Lungenkrebs bei Nichtrauchern oder auch einen Zusammenhang mit der Zunahme des plötzlichen Kindstods.

Die Rhein-Main-Region ist im Grunde nicht mehr weiter zu belasten.



*„Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns“.*

Friedrich Engels: Dialektik der Natur, MEW, Bd. 20, a. a. O., S. 452-453.

## Leerlauf bei der Jobmaschine?

Dem Zwischenbericht 1.-3. Quartal der Lufthansa kann man entnehmen, dass auch bei Lufthansa die Beschäftigung zurückgegangen ist, insgesamt um ca. 1300 Mitarbeiter.

Wenn man davon ausgeht, dass ca. 1/3 der LH-beschäftigten in Frankfurt arbeiten, bedeutet dies einen Rückgang um ca. 400 Beschäftigte auf dem Frankfurter Flughafen.

## CSU-Familie

Bundeswirtschaftsminister Glos (CSU) stößt mit seiner Personalpolitik offenbar auf Widerstand im Kabinett. Er will die CSU-Dame Dagmar Wöhrl, Frau eines Airline-Besitzers zur Luftfahrtbeauftragten machen.

Es habe doch „ziemlich klar ein gewisses Geschmäckle“, wenn ausgerechnet die Ehefrau eines Luftverkehrsunternehmers künftig für Belange der Luftfahrtindustrie zuständig sein sollte, hieß es in Berlin.

Angespielt wird damit auf Hans Rudolf Wöhrl, Aufsichtsratschef und Mitbesitzer der mittlerweile florierenden Fluglinie DBA. Glos selbst sieht nach Angaben von Vertrauten in dieser Familien-Konstellation kein Problem.



## Borkenkäfer zwingt zu Kahlschlag . . .

... erzählte am 22. August Forstamtsleiter Dr. Hammes interessierten Bürgern, die zur Besichtigung eines vom Buchdrucker befallenen Fichtenbestandes am Gundweg eingeladen waren.

Er habe deshalb einen Vertrag über das „Abernten“ der rund 10 Hektar großen Fläche abgeschlossen. Soweit, so gut, denn im Förderprogramm zur Borkenkäferbekämpfung, das der Hessische Forstminister Wilhelm Dietzel 2004 vorstellte, wird vorgeschrieben: „Neuer sichtbarer Befall durch Borkenkäfer wird sofort und konsequent aufgearbeitet“.

Aber davon ist wenig zu sehen. Der im August so dramatisch zum sofortigen Kahlschlag freigegebene Fichtenbestand steht heute (Stand: 29. Dezember) immer noch. Warum wohl? Dazu eine kleine Meldung aus dem Holzjournal vom 21.12.2005: „Am Nadelschnittholzmarkt muss nach Angaben des Verbandes der Deutschen Säge- und Holzindustrie e.V. (VDS) ... im ersten Quartal 2006 mit höheren Preisen gerechnet werden“. Auf deutsch: Wenn das Holz 2006 mehr Geld bringt, dann wird eben nicht „sofort und konsequent aufgearbeitet“, wie es der Schutz vor weiterem Schädlingsbefall gebietet, sondern die befallenen Fichten bleiben solange stehen, bis der Preis stimmt. Alfred. J. Arndt



# Haushalt verabschiedet

Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung stand der Haushalt 2006 mit 67 Änderungsanträgen auf der Tagesordnung. Das Stadtparlament war vollzählig, die Opposition hatte die Mehrheit. So konnten einige Anträge gegen die „Regierungs“-Fraktionen durchgesetzt werden. Der Haushalt wurde bei Stimmenthaltungen aus der CDU und DKP/LL beschlossen, denen die Senkung der Kitagebühren wichtig war.

## Was wurde aus den Anträgen der DKP/Linke Liste?

- Ein Sozialpass für sozial Bedürftige soll eingeführt werden.
- Parkuhren wird es laut Beschluss im Stadtgebiet nicht geben.
- Der Magistrat soll sich für eine Busverbindung zum Krankenhaus Rüsselsheim einsetzen.
- Die Kitagebühren werden auf den Stand von 2002 zurückgesetzt; ab 2007 sollen sie jährlich um 10% gesenkt werden. (Siehe dazu auch der Kommentar „Neue Attacke des Bürgermeisters“)
- Zum Bau einer Sporthalle an der Bürgermeister-Klingler-Schule werden 50.000 Euro im Haushalt eingestellt.
- Die Bürgersteigumrüstung (für Rollstuhlfahrer) soll fortgesetzt werden
- Für die Mörfelder Altstadt – rund um den Dalles – soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden.
- Für die Verkehrsberuhigung wird Geld in die Hand genommen und Maßnahmen ergriffen.
- Für Radwegebau stehen 200.000 Euro im Haushalt bereit. Fahrradabstellplätze werden ergänzt und modernisiert. Zudem soll eine Werbekampagne „Mobil ohne Auto“ gestartet werden.
- Ein(e) ehrenamtl. Behindertenbeauftragte(r) wird nicht bestellt bzw. gewählt. Auch ein Behindertenbeirat wurde abgelehnt.
- Abgelehnt wurden auch unsere Anträge zur Brückensanierung (Turmstraße), zur Ausweitung von 30-km-Zonen, zur weiteren Förderung von Solaranlagen und die Prüfungsantrag „Räume für die Musikschule“ (siehe Kommentar „Vertane Chance“). Ebenso erging es unserem An-

trag, die Zahlung der erhöhten Kreisumlage zu verweigern. (siehe auch Kommentar „Sprücheklopfer“, S.6).

Einerseits freuen wir uns, dass einige unserer Anträge eine Mehrheit fanden. Andererseits machen wir uns keine Illusionen darüber, dass diese Beschlüsse auch ausgeführt werden. Denn die Bürger wissen: Der Bürgermeister hat große Schreibtischschubladen, dort verschwindet manches. Und er kann geltend machen, dass Mehrheitsbeschlüsse, die ihm nicht passen, „das Recht verletzen“. Gute Gründe, bei der Kommunalwahl die Linke zu wählen.

## Neue Attacke des Bürgermeisters

Bürgermeister Brehl hatte 2004 den Parlamentsbeschlüssen zur Rücknahme einiger Gebührenerhöhungen (u.a. der Kitabeiträge) widersprochen. Das Parlament klagte dagegen, das Verwaltungsgericht Darmstadt urteilte: Der Bürgermeister handelte richtig. Für uns ein Beispiel: Bei Gericht bekommt man ein Urteil, nicht unbedingt Recht.

In der Stadtverordnetenversammlung am 13. 12. 05 wurde der Antrag der drei Oppositionsparteien beschlossen: Rückführung der Kitagebühren auf den Stand von 2002 (also vor der Erhöhung) und ab 2007 jährlich 10% Reduzierung, sodass die Kitas bis 2018 gebührenfrei sind. Der Bürgermeister hat jetzt diesem Beschluss widersprochen. Sein Argument wie vor dem: „Das Wohl der Stadt ist gefährdet“. Man kann jetzt philosophieren, was „das Wohl der Stadt“ ist. Landauf, landab wird von allen Parteien von Berlin über die Länder bis in die Kommunen herausposaunt, dass Kitas Bildungseinrichtungen und für die Zukunft sehr wichtig sind und daher gebührenfrei sein sollten. Aber, wird dann im Nachsatz gesagt, das liebe Geld fehlt. Die Stadtverordnetenmehrheit wollte ein Zeichen setzen, wollte, dass sich politische Äußerungen auch verwirklichen lassen. Wer ist eigentlich der Souverän, die Stadtverordnetenmehrheit oder der Bürgermeister und die Gerichte? Was ist eigentlich mit der viel beschworenen Selbstverwaltung der Kommunen?

Am 26. März 2006 sind Kommunalwahlen. Die DKP/Linke Liste wird weiter darauf dringen, dass die Kitagebühren gesenkt werden.



Freitags-Anzeiger: „Bürgermeister Brehl widerspricht einen Tag vor Ablauf der Frist“.

## Vertane Chance

Seit etlichen Jahren wird der Wunsch nach einem Domizil für die Musikschule geäußert. Denn auf viele Räumlichkeiten im ganzen Stadtgebiet ist sie verteilt. Ein unbefriedigender Zustand. Bisher fehlte immer das Geld, Anderes war vorrangig. Jetzt böte sich evtl. eine Möglichkeit. Bekanntlich wird die Bürgermeister-Klingler-Schule saniert. Ein neues Gebäude entstand, alte werden abgetragen. Wir wollten geprüft wissen, ob sich der eingeschossige Gebäudetrakt entlang des sog. Steinwegs (Fuß-/Radweg) dafür nutzen ließe. Man bedenke: die Grundstücksfrage wäre ebenso ge-

löst wie die Erschließung, und Gebäudeteile ließen sich verwenden. Die Frage nach der Eigentumsübertragung vom Kreis auf die Stadt, die Statik des Hauses, die ungefähren Kosten für Umbau, Wärmedämmung, Schallisolierung der Übungsräume, evtl. Dachaufbau . . . Überschlüssig sollte es doch möglich sein, dass städt. Mitarbeiter des Bauamtes die Machbarkeit und Kosten darlegen. Dies wäre auch im ersten Schritt noch nicht mit Kosten verbunden gewesen. Doch die Parlamentsmehrheit schmetterte den Antrag ab. Eine Chance, die vielleicht viel Geld gespart und eine akzeptable Lösung für die Musikschule bedeutet hätte, wurde vertan.

# KOMMUNALWAHL 2006

## 51 Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag

Mit 51 Kandidatinnen und Kandidaten tritt „Die Linkspartei.Offene Liste“ zur Kreistagswahl 2006 an.

An der Spitze stehen mit dem Groß-Gerauer Kreisvorsitzenden der WASG Helmut Werner, der Rüsselsheimerin Marianne Flörshemer, Mitglied von „Die Linke/Liste Solidarität“ und dem Kreistagsabgeordneten der „Linkspartei.Offene Liste“ Gerhard Schulmeyer (DKP) aus Mörfelden drei erfahrene Kommunalpolitikerinnen und -politiker.

Auf Platz 4 folgt der Rüsselsheimer Dr. Andreas Schwarz, der mit seinem Austritt aus der SPD-Fraktion zur Verhinderung der Stadtwerkeprivatisierung in Rüsselsheim beigetragen hat. Ihm folgen mit Rainer Fröhlich (Groß-Gerau), Norman Kalteyer (Riedstadt) und Leo Spahn (Mörfelden) weitere kommunalpolitisch und gewerkschaftlich engagierte Menschen.

Yeter Ayboga (Platz 8) ist nicht nur in Rüsselsheim für ihr Eintreten für die Rechte von politisch Verfolgten und sozial Benachteiligten zum Beispiel als Vorsitzende der Vereinigung Deutsch-Ausländische Solidarität (VDAS) bekannt.

Auf Platz 9 steht mit Holger Winkow (Nauheim) ein weiterer bekannter Gewerkschafter. Die ersten 10 Plätze rundet mit dem Rüsselsheimer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Werner Müller ein Vertreter alternativer wissenschaftlicher Ansätze ab.

## 22 Kandidatinnen und Kandidaten für das Stadtparlament

Im Dezember hat die DKP/Linke Liste ihre Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl in Mörfelden-Walldorf gewählt.

Die Liste wird von den derzeitigen Stadtverordneten und dem ehrenamtlichen Magistratsmitglied der DKP/LL angeführt. Sie umfasst 22 Personen, darunter Mitglieder von DKP, Linkspartei. und parteilose Kandidatinnen und Kandidaten.

Auf der Liste stehen:

1. Gerd Schulmeyer
2. Angela Kolbe
3. Björn Doland

4. Hagen Helbig
5. Rudolf Dötsch
6. Alfred J. Arndt
7. Peter Knodt
8. Helga Fritz
9. Wolfgang Ebenhöf
10. Thomas Wilker
11. Ludwig Hechler
12. Petra Umber
13. Rudi Hechler
14. Thorsten Müller
15. Heinz Hechler
16. Sebastiano Rapisarda
17. Reinhold Becker
18. Käthe Hechler
19. Peter Eichner
20. Florian Bernhard
21. Erich Schaffner
22. Klaus Schulmeyer

BERTOLT BRECHT

*Am Grunde der Moldau  
wandern die Steine  
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.  
Das Große bleibt groß nicht  
und klein nicht das Kleine.  
Die Nacht hat zwölf Stunden,  
dann kommt schon der Tag.*

*Es wechseln die Zeiten.  
Die riesigen Pläne  
Der Mächtigen kommen  
am Ende zum Halt.  
Und gehn sie einher auch  
wie blutige Hähne  
Es wechseln die Zeiten,  
da hilft kein Gewalt.*

*Allen unseren Leserinnen und Lesern  
die besten Grüße und guten Wünsche für das neue Jahr 2006!  
Die "blickpunkt"-Redaktion*



*Sie interessieren sich für  
Kommunalpolitik?  
Sie wollen mehr wissen?  
Sie wollen mitreden?*

**Rufen Sie uns an:  
23366.**

*Unser Kommunalwahlprogramm  
können Sie sich im  
Internet herunterladen:*

**www.dkp-mw.de**

**Wo sitzen  
eigentlich die  
Arbeitsplatz-  
vernichter?**

Sie sitzen noch nicht!

VORANKÜNDIGUNG

**Son & Salsa**

„Tercer Mundo“, eine Tanz- und Musikgruppe aus Cuba kommt auf Einladung der DKP am 26. April 2006 ins Bürgerhaus Mörfelden

# „Dann bezahl ich nicht“

**Haushalt** – Magistrat legt Resolution vor –  
„Fast die Hälfte der Steuereinnahmen weg“

**MÖRFELDEN-WALLDORF.**

„Dann bezahl ich nicht. Dann lass ich mich pfänden oder geh nach Weiterstadt ins Gefängnis.“ Das hat Bürgermeister Bernhard Brehl – wie er gestern bei einem Pressegespräch erzählte – Landrat Enno Siehr auf die Frage gesagt, was er denn zu tun gedenke, wenn die vom Darmstädter Regierungspräsidium (RP) geforderte drastische Anhebung der Kreisumlage komme.

zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird die vom RP angestrebte Umlagenerhöhung als ungeeignetes Mittel abgelehnt, das „lediglich das Defizit innerhalb der kommunalen Gemeinschaft“ verschiebe.

Befürchtet wird in Mörfelden-Walldorf zudem, dass die zweimalige Kreisumlagenanhebung nicht das Ende der Fahrenstange

## Sprüche klopfen ist noch keine Politik

Die DKP/Linke Liste beantragte zur Haushaltsverabschiedung, die Zahlung der erhöhten Kreisumlage zu verweigern. Der Regierungspräsident in Darmstadt hatte dem Kreis auferlegt, die Kreisumlage in 2005 um 3% und in 2006 um weitere 2% zu erhöhen. Das bedeutet für unsere Stadt, 774.000 Euro in 2005 und 1,3 Mill. Euro in 2006 mehr an den Kreis abzuführen. Damit sind alle Sparanstrengungen der Stadt verpufft.

Zwar hatte Bürgermeister Brehl über den Magistrat eine Resolution verabschieden lassen, in der scharfer Protest formuliert war, und getönt: „Dann zahl ich nicht, dann lass ich mich pfänden oder geh nach Weiterstadt ins Gefängnis.“ (s. Groß-Gerauer-Echo vom 26.5.2005. Doch die Beamtenmentalität hat gesiegt. Der Kreis bekommt sein Geld. Jetzt lamentiert der Bürgermeister nur noch kleinlaut und denkt über neue Gebührenerhöhungen nach (natürlich erst nach der Wahl). Ein Grund mehr, am 26. März links zu wählen.

## Kommunen vor der Pleite

Der Städte- und Gemeindebund warnt vor weiteren Belastungen der Kommunen.

Trotz offenbar höherer Gewerbesteuer-einnahmen stehen viele Städte und Gemeinden nach Aussage ihres Verbandes kurz vor der Pleite.

Es fehlt der notwendige Spielraum für eine verbesserte Ausstattung der Schulen und Kindergärten, die notwendige Sanierung von Straßen, Wegen und Plätzen.

Der Städte- und Gemeindebund wirft der Bundesregierung vor, mit „begrenzten Mitteln unbegrenzte Versprechungen“ abzugeben. Er forderte, die für 2007 geplante Reichensteuer für bessere Schulen, Erzieherinnen und Erzieher sowie Ganztageschulen zu nutzen. „Wir

glauben, so der Kommunalverband, dass eine Bildungs- und Familienoffensive zum politischen Inhalt des Jahres 2006 gehören sollte“.

Die Investitionen der Kommunen sind dem Verband zufolge auch 2005 zurückgegangen - um elf Prozent auf 17,5 Milliarden Euro. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund beklagte, dass vom Anstieg der Gewerbesteuer nur wenige, besonders wirtschaftsstarke Kommunen profitierten. Die Mehrheit der 12000 Städte und Gemeinden sei überwiegend auf ihren Anteil an der Einkommensteuer angewiesen, der auf niedrigem Niveau stagniere. Allein in Nordrhein-Westfalen stünden rund 100 Kommunen unter „finanzieller Vormundschaft“ der Landesaufsicht. Trotz der drohenden Zahlungsunfähigkeit blieben die Städte und Gemeinden zwar verlässliche Kreditnehmer, da im Ernstfall die Länder einspringen müssten.

Wir  
haben was  
gegen  
Monarchie



*Dreißig Jahre ist er jetzt Bürgermeister. Und weil die Kommunalwahl vor der Tür steht, wurde der große Bürgerhaussaal schon mal eingeplant, hier soll die öffentlichkeitswirksame BB-30-Show vor geladenen Gästen inszeniert werden. Dreißig Jahre sind eine lange Zeit. Ich erinnere mich noch, als SPD-Stamokap-Leute, denen BB nahe stand, die DKP links überholen wollten. Später machten einige Karriere und sind heute im Berliner Ministeramt.*

*BB selbst blieb im Dorf, dreißig lange Jahre. Vor zwei Jahren, so schien es jedenfalls, sah er die Chance, Verbandsdirektor beim Planungsverband Region Rhein/Main zu werden und so eine neue Stufe auf der Karriereleiter zu erklimmen. Aber die Sprossen waren nicht sicher, die eigenen Genossen traten ihm in die Kniekehle - so blieb er und läßt sich halt hier feiern.*

*Wenn man so lange ein Amt bekleidet, dann kommen auch unangenehme Eigenarten nach oben. Im Rathaus selbst und in seiner Partei ist er der „Macher“ - nix geht ohne BB. Dinge die ihm nicht passen, so auch beschlossene Anträge, liegen erstmal lange in der Schublade. Zu fast jeder Parlamentsinitiative gibt er seinen Senf hinzu und prägt damit entscheidend das Verhalten der hiesigen SPD. BB - der Rathaus-King. Die Monarchie ist zwar längst passé - stört ihn aber nicht. Neuerdings macht er gern Einsprüche gegen Parlamentsbeschlüsse. Obwohl seine eigene Partei den Nulltarif für Kindergärten fordert, verhindert er das vor Ort. „Ich kann nicht anders - die Rechtslage...“, sagt er. Mal hart bleiben - „Männerstolz vor Königsthronen“, so was macht kein deutscher Beamter - und ein Held ist der Obertaktierer BB sowie so nicht. „Unglücklich das Land, das Helden nötig hat“, meinte ein anderer BB. Lassen wir die Helden - ein bißchen Rückgrat vor der Obrigkeit wäre aber nicht schlecht. Rudi Hechler*



## Schlechter Stil?

In der Zeitung stand: „Bürgermeister Bernhard Brehl hat bei einer Mitgliederversammlung der SPD im Bürgerhaus vor 35 Genossen mit der Opposition abgerechnet.“ Alle bekamen ihr Fett weg - klar, es ist Wahlkampf.

Ideen, die bei anderen entstehen, sind erst einmal „nicht realisierbar“. Dieser Spruch hat System - wenn man so lange wie Brehl im Amt ist, ist auch die Selbstherrlichkeit nicht weit.

Hart nahm er sich den Grünen Achim Sibeth vor die Brust. Dieser hätte gefordert, dass frischer Wind in der Kommunalpolitik nötig sei, damit der rote Filz im Rathaus aufhört. „Das ist schlechter Stil“ so Brehl.

Er warf der Opposition vor, Stimmung gegen die SPD zu machen. Na so was aber auch.

Albern wird er aber, als er meinte: „Es gibt eine unheilige Allianz gegen die SPD, die von CDU, Grünen bis DKP reicht.“ Wer so einen Quatsch verzapft der war

sicher nicht in einer guten Verfassung. (Da fällt einem der übergeschnappte Schröder am Wahlabend ein.)

Aber mal im Ernst, denkt Brehl denn nicht mal an seine eigene SPD, die sogar eine große Koalition mit der CDU machte, um in Berlin an der Futterkrippe zu bleiben?



Dann verteidigte er, offenbar dünnhäutig geworden, dass er auf Platz 1 der SPD-Liste für die Kommunalwahl kandidiert. „Ich bekenne mich zur SPD. Natürlich werde ich kein Stadtverordneter“, wird er deutlich. Ja, natürlich wird er kein Stadtverordneter, er ist nämlich im Grun-

de nicht wählbar. Entweder Bürgermeister oder Stadtverordneter, so ist die Gesetzeslage. Also, wenn er demnächst von der Plakatwand lächelt, dran denken: das ist nur Etikettenschwindel.

Ja und dann sagte er noch, er werde ein Bürgermeister aller Einwohner bleiben. Das ist eine wohlgefällige Floskel. War er das dann je?

Wir sehen es so: Er ist ein Verwaltungschef, der gleichzeitig engagierter SPD-Mann ist. Somit war und ist er natürlich parteiisch und ist nicht unbedingt der Bürgermeister der anderen Parlamentsparteien, hinter denen schließlich auch eine Menge Wählerinnen und Wähler stehen.

Es ist die wichtige Aufgabe der Opposition, darauf ständig zu verweisen. Am besten ist dann noch, wenn diese Opposition jeden Monat mit einem „blickpunkt“ für Durchblick sorgt. Es bleibt dabei: Linke Politik ist notwendig!

---

## Mein Großvater

„Drucker Fritz“ war Schriftsetzer und Sozialdemokrat. Er sah nur mit einem Auge und war meinem Vater auf Fotos zum Verwechseln ähnlich. Er starb, mit kaputter Lunge aus dem Weltkrieg gekommen, schon 1921, und seine Frau ging mit dem Korb den Leuten Schnürsenkel verkaufen, damit ihre drei Kinder etwas zum Essen hatten. Zuvor, so wird erzählt, saßen, wenn er von der Arbeit nach Hause kam, oft schon Leute in der Küche, denen geholfen werden mußte. Er, der beruflich viel mit Lesen und Schreiben zu tun hatte, quälte sich, seine Suppe löffelnd, mit seinem einen Auge durch amtliche Formulare und half beim Ausfüllen und Formulieren von Widersprüchen. Er war offenbar ein wertvoller Mensch.

Diese Sozialdemokraten, die Revolution im Herzen und die praktische Hilfe im Kopf, schufen der Partei das Vertrauen, von dem sie noch heute zehrt.

2005, kurz vor Weihnachten, bekam Fritzens Urenkelin ein Schreiben aus der Walldorfer Farmstraße, mit dem sie aufgefordert wurde, samt ihren zwei Kindern ihre Wohnung zu verlassen. Die Wohnung sei zu groß. In Rüsselsheim, wo sie vorher gewohnt hatte, zahlte sie

für eine Zweizimmerwohnung genau so viel wie sie jetzt für die Wohnung bezahlen muß, in der ihre beiden pubertierenden Söhne jeder ein eigenes Zimmer haben. Da hatte sie mal Glück. Eine billigere Wohnung wird also kaum zu finden sein. Sonst steht es mit ihrem Glück nicht immer zum Besten, seit sie von ihrem Arbeitsplatz vertrieben wurde. Als Fritzens späterer Parteigenosse Gerhard vor Jahren die Arbeitsvermittlung privatisiert hatte, bekam seine Nachfahrin ihr Arbeitslosengeld von einer Vermittlungsfirma, bei der sie eine Weile beschäftigt war. Die Firma Maatwerk machte Pleite und zahlte die Löhne nicht. Genosse Gerhard, vollauf ausgelastet, die Milliardäre zu betreuen, konnte sich nicht um alles selbst kümmern, und so blieben Fritzens Urenkelin nur die Gänge von Amt zu Amt. Es war niemand zuständig zwischen Darmstadt und Frankfurt. Die Stellen spielten Ball mit ihr. Auch diese Schwierigkeit wurde in familiärer Solidarität gemeistert. Aber was soll werden, wenn sie die Miete nicht mehr bezahlen kann? Ihr Vermieter wird sie nicht rauswerfen, der bin nämlich ich. So weit so schlecht. Manche haben eklige Vermieter und haben trotzdem ein Schreiben aus der Farmstraße bekommen, mit dem sie nach dem Arbeitsplatz

nun noch die Wohnung verlieren sollen. So wie ein anderer Mann, der bisher immer die Sozialdemokraten gewählt hatte, obwohl sie ihm Miete und Nebenkosten für die städtische Wohnung ständig erhöhten. Jetzt sind diese so hoch, daß er aus seiner Wohnung raus muß. Eine günstigere Wohnung ist weit und breit nicht zu finden. Was tun?

Tja, mir fällt nur ein, was die Generation des „Drucker Fritz“ damals getan hat: sich mit anderen Betroffenen zusammen tun und Druck machen(!) – nicht dem Kaiser und seinen Beamten, die sind abgelöst vom kleineren Übel – sondern dem Kapital und seinen wechselnden Regierungen, als auch Gerhard's örtlichen Genossen, die zwar zu jeder Gelegenheit angenehme Worte finden, aber keine Wohnungen für die von ihrer Arbeit Verjagten. Im Kulturbahnhof Mörfelden können sich von Vertreibung bedrohte Menschen am Dienstag, dem 10. und am 24. Januar um 19:00 Uhr austauschen, was zu tun ist. Auch der DGB-Ortsverband beschäftigt sich mit diesen Fragen und wird sich hoffentlich bald zu einer Unterstützung aller von der Armut Bedrohten (das kann jeden und jede treffen) stark machen. Dies wären meine Wünsche zum neuen Jahr.

Erich Schaffner

# Stadtgeschichten



Mit dem heutigen Foto soll an einen Auftritt der Mörfelder Naturfreunde im alten Volkshaus vor über 45 Jahren erinnert werden. Das genaue Datum und der Anlaß der Veranstaltung sind nicht überliefert. Im Vordergrund sind einige Spieler der Zithergruppe der Mörfelder Naturfreunde zu sehen. Es sind von links: Adam Kolb, Sophie Haag, Hans Knodt und Jakob Schulmeyer. Dahinter sehen wir einen Teil des Singkreises der Naturfreunde und Gewerkschaft. Von links zu sehen, noch halb verdeckt Helma Kolb dann Lore Siegel, Rosel Denk, Heinz Hechler, Hans Kolb, Rudi Hechler und Kurt Kohn.



Bei den Naturfreunden war von jeher außer dem Wandern, Singen und Musizieren angesagt. Bereits im Jahre 1921, ein Jahr nach der Gründung der Ortsgruppe, bestand schon eine Musikgruppe, bestehend aus 25 Zither-, Mandolinen- und Gitarrenspielern. Auch bei den vielen Wanderungen waren die Gitarren und Mandolinen immer dabei. Öfter gab es im Naturfreundehaus Gitarrenunterricht, und so mancher hatte bei Jakob Schulmeyer seine erste Lektion erhalten. Zu dem Singen bei fröhlichem Beisammensein oder in der Kinder- und Jugendgruppe, kam im Jahre 1957 ein gemischter Chor, genannt „Singkreis der Naturfreunde und Gewerkschaft“ hinzu.

## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden Januar-Februar 2006:



# KuBa

12.01. Rettet das Vinyl (Buchstabe G)  
Beginn: 20:00 h

22.01. Familienfrühstück  
9:30 - 13:00 h

25.01. Film: K. Gietinger:  
Der Tod hat einen Motor  
Beginn: 20:00 h

28.01. Konzert: BEST BEFORE  
Beginn: 20:00 h -  
Eintritt: 5 Euro, ermäßigt 4 Euro

29.01. Gleis 1 - Beginn 19:00 h

09.02. Rettet das Vinyl (Buchstabe H)  
Beginn: 20:00 h

18.02. Kinderprogramm: Basteln mit Tonpapier  
10:00 - 13:00 h

Zwei Abende über das Theater Bertolt Brechts  
mit Manfred Wekwerth,  
einem engen Mitarbeiter Brechts

Erster Abend  
Freitag, 17. Februar 2006, 20 Uhr:  
Vortrag  
Brecht-Theater - eine Antwort auf unsere Zeit?  
Meinungen - Fragen - Behauptungen

Zweiter Abend  
Samstag, 18. Februar 2006, 20 Uhr:  
Film  
Manfred Wekwerth stellt den Film  
"Happy-End" vor  
Eintritt: für einen Abend 3,- / beide Abende 5,-  
Vorverkauf im Kuba oder unter (06105) 1385

20.02. HörBar  
H.G. Wells / Orson Welles: The War of the Worlds  
Beginn: 20:00 h

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Prost Neijohr!  
E Brezzel wie e  
Scheierdoor,  
e Bratworscht wie e  
Owerohr,  
en Küche wie e  
Oweplatt -  
do wern mer  
all minanner satt!